



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 25.10.2012, 17:06 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Sanierung und Neugestaltung Wilhelmstraße-West
- Entwurfs- und Baubeschluss für den Bauabschnitt
zwischen
Hospitalstraße und Uhlandstraße**

Vorl.Nr. 438/12

Beschluss:

Entwurfs- und Baubeschluss

Die Wilhelmstraße im Abschnitt zwischen Hospitalstraße und Uhlandstraße wird entsprechend dem Planungsentwurf des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung sowie der Ausführungsplanung des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen vom 10.10.2012 umgestaltet.

Die Gesamtkosten in Höhe von 590.000,-- € werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt BM **Schmid**, dass der Tagesordnungspunkt 5 der nichtöffentlichen Sitzung vertagt und in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 08.11.2012 beraten werde. Außerdem weist er darauf hin, dass heute eine Ausstellung im Kulturzentrum zum Thema Passivhaus eröffnet werde. Die Verwaltung werde eventuell zu einer Führung durch diese Ausstellung vor der Sitzung des Gemeinderats am 21.11.2012 einladen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation den Vorschlag der Verwaltung zur Sanierung und Neugestaltung der westlichen Wilhelmstraße vor. Dabei geht er insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Anliegerversammlung am 11.07.2012
- bisherige Baumaßnahmen
- Zustand Straßenbelag

- Entwurfsplanung vom Juli 2012
- Fahrbahn- und Gehwegbreite
- Lichtsignalanlage
- Ausführungsplanung
- Querungshilfe
- Straßenbeleuchtung

Darüber hinaus schildert Herr Kurt die möglichen Varianten für die Parkierungssituation vor der Charlottenkrippe. Nach Untersuchung von drei Varianten, siehe Vorl. Nr. 438/12, sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Beibehaltung der jetzigen Situation am sinnvollsten sei. Für die Bushaltestelle sehe die Verwaltung wie bisher kein Wartehaus vor.

Stadtrat **Noz** betont, dass die Wilhelmstraße als Ergänzung zur Schillerstraße genutzt werden können müsse. Er spricht sich dafür aus, die Parkplätze an die Straße vorzuziehen. Die zusätzliche Einengung sei seiner Meinung nach nicht erforderlich. Die anderen Aspekte der vorgestellten Planung seien sehr gut gelungen. Weiter bittet er darum, dass die Mitglieder des Gemeinderats die vorgestellten Varianten für die Parkplätze bei der Charlottenkrippe erhalten. Im Rahmen der Beratung zum Vergabebeschluss könne dann nochmals über eine Modifizierung der Parkierung diskutiert werden.

Stadtrat **Juranek** hält die Erläuterungen der Verwaltung für nachvollziehbar. Es sei schade, dass ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle nicht möglich sei. Allerdings wisse er nicht, wie hoch frequentiert diese Bushaltestelle sei. Die zusätzlichen Bäume und die geplante Straßenbeleuchtung könne er befürworten. Es sei schwierig, die optimale Lösung für die Parkierungssituation bei der Charlottenkrippe zu finden.

Stadtrat **Glasbrenner** begrüßt die Planungen des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung. Da es sich bei der Wilhelmstraße um eine Erschließungsstraße handle, sei eine bestimmte Breite notwendig. Er vertritt den Standpunkt, dass bei einer Fahrbahnbreite von 4 Metern zwei Fahrzeuge nicht aneinander vorbei kommen könnten. Bei der Charlottenkrippe würden chaotische Verhältnisse während des An- und Abfahrtverkehrs der Eltern herrschen. Eventuell müsse hier ordnungsrechtlich vorgegangen werden. Er spricht dafür aus zu prüfen, an welchem Standort ein Wartehäuschen für die Bushaltestelle eingerichtet werden könne. Grundsätzlich könne seine Fraktion der Vorlage zustimmen, lediglich die angesprochenen Detailpunkte müssten noch geklärt werden.

Stadtrat **Gericke** bewertet die Planung mit der erfolgten Abstimmung mit den Anliegern positiv. Er ist der Ansicht, dass eine Gehwegbreite von 2 Metern etwas knapp sei. Die Wilhelmstraße müsse derzeit noch nicht als Alternative zur Schillerstraße genutzt werden, dass bisher noch kein wesentlicher Umbau der Schillerstraße erfolgt sei. Weiter regt er an, dass die Leuchten so platziert werden sollten, dass der Fußweg nicht weiter eingeschränkt werde. Die Querung am Hangbereich sei seiner Meinung nach unbedingt notwendig. Aufgrund des bisher einmaligen Angebots der Charlottenkrippe sei das Einzugsgebiet sehr groß, so dass viele Kinder mit dem Auto gebracht worden seien. Er appelliert an die Eltern, Rücksicht zu nehmen und zumindest den Gehweg für Fußgänger freizuhalten. Gegebenenfalls könnten auch Poller vorgesehen werden, Seine Fraktion könne der Vorlage grundsätzlich zustimmen.

Stadtrat **Haag** könne die Planung im Wesentlichen begrüßen. Durch die vorgesehenen Maßnahmen, wie z. B. die Pflanzung von Bäumen, werde sich die Straßenqualität erhöhen. Da die Wilhelmstraße eine Erschließungsstraße sei, sollte die Fahrbahnbreite von 6 Metern beibehalten werden. Er ist der Meinung, dass die Einengung bei der Charlottenkrippe dringend notwendig sei. Dadurch werde allerdings auch die Überquerung von Fußgängern an dieser Stelle verschlechtert. Er spricht sich dafür aus, nochmals darüber nachzudenken, wie die Markierung der Querung erfolgen soll, damit diese eindeutig sei. Außerdem plädiert er dafür, die jetzige Parkierungssituation bei der Charlottenkrippe nicht beizubehalten. Eventuell könnten noch zusätzliche Parkplätze in der Umgebung geschaffen werden. Der Bau eines Wartehäuschens bei der Bushaltestelle sei als Wetterschutz sinnvoll. Seine Fraktion könne der Vorl. Nr. 438/12

zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** stellt fest, dass die durchgeführte Anwohneranhörung aufgrund der Zwangspunkte nur wenig Veränderungen gebracht habe. Den Erhalt der Gehwegbreite von 2 Metern sowie die neue LED-Beleuchtung könne sie begrüßen. Allerdings kritisiert sie die Reduzierung auf eine Quermöglichkeit und die Verringerung des Baumbestandes. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung die Notwendigkeit eines Buswartehäuschens nochmals überprüfe. Außerdem könne sie die Wahl der Baumart nicht nachvollziehen, da z. B. die Linde im Gegensatz zu der vorgesehenen Robinie staub- und schadstoffresistent sei. Zudem sei die Robinie eine sturzgefährdete Flachwurzlerbaumart und die Robinienminiermotte breite sich immer stärker aus. Ansonsten könne sie der Planung zustimmen.

Herr **Kurt** legt dar, dass die Verwaltung sich für eine Fahrbahnbreite von 3,80 Meter entschieden habe, damit zwei Fahrzeuge nicht aneinander vorbei fahren könnten. Bei einer Breite von 4 Metern bestehe die Gefahr, dass die Fahrzeuge auf den Gehweg ausweichen. Bezüglich der Parkierung bei der Charlottenkrippe erklärt er, dass keine weiteren Alternativen bestehen würden. Falls an einer anderen Stelle weitere Stellplätze geschaffen werden könnten, würden diese vermutlich nicht von den Eltern genutzt werden. Außerdem sagt er zu, dass die Stadträte die Grafiken zu den Varianten der Parkplätze erhalten werden. Die Verwaltung werde mit den Ludwigsburger Verkehrslinien abklären, ob Bedarf für eine Buswartehalle vorhanden sei. Auf Wunsch des Gremiums könne dann eventuell ein Standort hierfür vorgesehen werden. Der Radius im Bereich der Uhlandstraße könne nicht verkleinert werden, da dann die Gefahr bestehe, dass der Bordstein regelmäßig überfahren werde.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass dieser Radius bereits überprüft worden sei. Die Verwaltung habe sich für Robinien entschieden, da diese auch im östlichen Teil der Wilhelmstraße gepflanzt worden seien. Bisher habe man in Ludwigsburg keine Probleme mit Umstürzen von Robinien oder der Robinienminiermotte gehabt.

BM **Schmid** fasst die Wortmeldungen der Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt dahingehend zusammen, dass die vorgesehene Einengung der Fahrbahn auf 3,80 Meter Breite im Zugangsbereich zum Grundschulareal sowie die geplanten Robinien erhalten bleiben sollen. Ob eine Modifizierung der Parkierung erfolge, werde im Rahmen des Vergabebeschlusses nochmals beraten. Die Verwaltung werde nochmals prüfen, ob Bedarf für eine Buswartehalle bestehe bzw. einen Standort dafür suchen.

Abschließend lässt BM Schmid über die Vorl. Nr. 438/12 abstimmen.

TOP 2

Vorstellung Bauvorhaben Reisser-Stiftung / HCL - Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Schmitt** (Berater des HCL) erklärt, dass die Wolfgang-Reisser-Stiftung den Bauantrag zu dem Bauvorhaben gestellt habe und das Objekt baue und finanziere. Dem Hockey-Club Ludwigsburg e. V. werde allerdings ein Dauernutzungsrecht eingerichtet, sodass eine Nutzung durch den Verein gesichert sei.

Herr **Reisser** (Wolfgang-Reisser-Stiftung) stellt anhand von Plänen und Grundrissen das Bauvorhaben vor. Es seien insbesondere die folgenden Nutzungen geplant:

- Tennisplätze

- Gymnastikgarten
- Außenschwimmbad
- Freifläche
- Kleinspielfeld
- Kletterhalle
- Boulderräume
- Büroräume
- Gastronomie
- Seminarraum
- Übernachtungszimmer mit 48 Betten
- Gymnastikräume
- Fitness- und Saunabereich
- 3 Wohnungen

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) erläutert, dass laut den Festsetzungen des Bebauungsplanes eine sportlich geprägte Nutzung grundsätzlich zulässig sei. Der Anteil der gastronomischen Nutzung und das Fitnessstudio wurden soweit reduziert, dass das Vorhaben genehmigungsfähig sei. Da die Wohnung und Übernachtungszimmer in Verbindung mit der sportlichen Nutzung stehen würden, stelle auch dies kein Hindernis dar.

BM **Schmid** berichtet, dass die Baugenehmigung noch nicht erstellt sei. Weiter sagt er zu, dass die Verwaltung im November 2012 eine schriftliche Vorlage zu diesem Bauvorhaben erstellen werde, die in allen drei Ausschüssen und im Gemeinderat beraten werde.

Stadtrat **Noz** bedankt sich für die bisherige gute Abstimmung der Wolfgang-Reisser-Stiftung mit dem Gemeinderat. Die jetzt vorgestellte Planung enthalte alle Verbesserungsvorschläge, die das Gremium angeregt habe. Die Stiftung sei sehr gut für die Stadt Ludwigsburg. Seine Fraktion könne die Gesamtlösung mittragen.

Stadträtin **Liepins** begrüßt das Engagement von Herrn Reisser und bedankt sich ebenfalls für die frühe Einbindung der Stadträte. Dennoch sei sie überrascht von der Dimension des Bauvorhabens. Ihre Fraktion finde es schade, dass das Bauvorhaben nicht in den Sportpark Ost eingebunden werden konnte.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass in der Zwischenzeit ein guter Kompromiss gefunden werden konnte. Obwohl das Bauvorhaben auch andere Nutzungen beinhalte, stehe doch die Förderung des Sports im Vordergrund. Seine Fraktion könne das relativ hohe Gebäude akzeptieren.

Stadtrat **Gericke** stellt fest, dass nun eine sehr ausgereifte Planung vorhanden sei. Er lobt, dass das Bauvorhaben Rücksicht auf die Allee nehme und die Kastanien erhalten bleiben würden. Er kritisiert allerdings, dass auf der Ostseite weiterhin Parkplätze vorgesehen seien. Er unterstreicht, dass das Sportangebot in der Stadt Ludwigsburg durch dieses Bauvorhaben sehr bereichert werde.

Stadtrat **Haag** führt aus, dass es sinnvoll gewesen sei, dieses Projekt in ein Großkonzept einzubinden. Aufgrund der Entwicklungen und Planungen sei es aber nachvollziehbar, dass das Projekt der Reisser-Stiftung vorgezogen werde. Aus städtebaulicher Sicht sei das Bauvorhaben in Ordnung. Allerdings müsse die Höhe des Stellplatzbedarfes nochmals untersucht werden. Er könne den Planungen grundsätzlich zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** kritisiert, dass sie nicht in die Gespräche eingebunden worden sei. Das private Engagement von Herrn Reisser und die Größe des Sportzentrums sei beeindruckend. Sie plädiert dafür, dass die Frage der künftigen Lärmbelastung genau untersucht werde. Die Verwaltung sollte vor den weiteren Beratungen untersuchen, wie das Sportzentrum in den Sportpark Ost eingebunden werden könne.

Herr **Schmitt** legt dar, dass bereits ein Lärmschutzgutachten durchgeführt worden sei und eine Begehung mit Vertretern der Verwaltung stattgefunden habe. Für die gastronomische Nutzung seien im Bauantrag 262 m² eingeplant. Außerdem zeigt er anhand eines Planes die Lage der vorgesehenen Stellplätze.

TOP 3 **Erweiterungsabsichten des Möbelhauses MANN**
MOBILIA
- Vorstellung der Planungen durch den
Vorhabenträger

Beratungsverlauf:

Herr **Biller** (Rossmann + Partner, Freie Architekten) stellt anhand einer Präsentation die Erweiterungsabsichten des Möbelhauses MANN MOBILIA vor. Das Unternehmen wünsche sich eine Erweiterung des Möbelhauses in Richtung Norden. Dadurch könnte die Verkaufsfläche von derzeit 13.700 m² auf ca. 23.500 m² sowie die Lagerfläche von 3.000 m² auf 8.000 m² erhöht werden. Die jetzige Erschließung würde grundsätzlich erhalten bleiben. Allerdings wäre die Anfahrt anschließend auch über die B 27 möglich.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erklärt, dass die Verwaltung bereits Gutachten zu einer möglichen Erweiterung erstellt habe. In der Stadt Ludwigsburg sei eine Unterversorgung an Möbelhäusern vorhanden. Damit keine Kaufkraft aus der Innenstadt abgezogen werde, lege die Verwaltung Wert darauf, dass nur nichtzentrenrelevanter Einzelhandel in dem Möbelhaus möglich sei. Es seien schon Gespräche mit dem Verband Region Stuttgart und dem Regierungspräsidium Stuttgart geführt worden, die mit einer Erweiterung einverstanden seien. Die Erweiterung sei auch aus regionalplanerischer Sicht in Ordnung.

Stadtrat **Noz** ist der Ansicht, dass die Erweiterung aus architektonischer Sicht noch verbesserungsfähig sei. Problematisch sei die Erweiterung, da im Gebiet Hintere Halden kein Möbelhaus möglich sei. Er könne sich grundsätzlich für eine Stärkung des Standorts aussprechen, da dadurch der Standort auch gesichert werde. Allerdings müssten noch einige Fragen, z. B. bezüglich des Sportschützenvereins und des Biotops, geklärt werden.

Stadtrat **Griesmaier** befürchtet, dass die 23.500 m² irgendwann nicht mehr ausreichen könnten und diese große Fläche unter Umständen dann leer stehe. Das Gebiet sei schwierig, da z. B. keine zusätzliche Ampel installiert werden könne. In der Vergangenheit habe man andere Pläne für diesen Bereich gehabt. Der Schutz des Biotops sei sehr wichtig. Weiter kritisiert er, dass die Lebensqualität im Stadtteil Eglosheim nicht betrachtet werde. Er spricht sich gegen eine Vergrößerung des Möbelhauses aus und könne das Projekt nicht unterstützen.

Stadtrat **Gericke** bringt vor, dass er dies für eine schwierige Stelle halte. Es seien Aussagen zu der Beeinträchtigung der Wohnbebauung und zu dem Biotop erforderlich. Dazu wünsche er sich eine schriftliche Vorlage der Verwaltung. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, dass das Vorhaben grundsätzlich durchaus machbar sei.

Stadtrat **Haag** legt dar, dass der Standort des Möbelhauses aus heutiger Sicht nicht ideal sei. Die Einbindung des Bauvorhabens und einige andere Details müssten noch geklärt werden. Die Größe der geplanten Erweiterung sei jedoch umsetzbar. Seine Fraktion könne das Projekt positiv begleiten, sofern die aufgeworfenen Fragen noch beantwortet werden.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt zu Protokoll:

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 25.10.2012

Ich bedanke mich dafür, dass der Vertreter der Firma Möbel-Lutz uns heute die Pläne vorgestellt hat, über die seit Monaten verwaltungsintern und nichtöffentlich gesprochen wird. LUBU und Linke haben den Antrag gestellt, nicht nur die Erweiterungswünsche der Firma Möbel-Lutz zu erfahren. Wir wollen auch über die Probleme informiert werden, die den bisherigen Nutzern, einem Autohaus und einem Schießsportverein, durch die Erweiterungspläne entstehen würden. Schließlich können Sie nicht darüber jubeln, dass durch eine Erweiterung Fläche im Außenbereich eingespart wird, wenn der Schießsportverein irgendwo, und das ist bestimmt nicht auf dem Kelterplatz, sondern eben auch im Außenbereich, neu angesiedelt werden muss. Das sind Milchmädchenrechnungen. Im Gebiet gibt es Ausgleichsflächen, die das RP Stuttgart 1998 für den Bau von Ikea ausgewiesen hat. Wenn der Firma Möbel-Lutz in ein paar Jahren nochmals nur eine Erweiterung der Fläche als Basis für eine Umsatzerhöhung einfällt, welche Flächen werden dann in Anspruch genommen? Die Stadtverwaltung selbst ist der Meinung, dass das Gebiet Mäurach ungeordnet ist. Basis für eine geordnete Stadtentwicklung ist die Aufstellung eines Bebauungsplans. Vor mehr als 4 Jahren wurde der erste Schritt dazu getan, aber nicht weitergeführt. Wir kündigen hiermit den Antrag auf Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens an, damit endlich rechtlich einwandfrei geklärt wird, ob im Mäurach angesichts von Ausgleichsbiotopen, einem Merowingerfriedhof, hoch schadstoffbelasteter Böden und der Verkehrs- und Anbindungsprobleme weitere Gewerbebebauung überhaupt noch möglich ist.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** sagt BM **Schmid** zu, dass der Antrag der Stadträte Burkhardt und Hillenbrand vom 19.10.2012, Vorl. Nr. 461/12, im Rahmen einer schriftlichen Vorlage beantwortet werde.

Herr **Röpert** (XXXL Lutz) berichtet, dass Gespräche mit Vertretern des Sportschützenvereins und des Autohauses geführt werden. Vor einer Erweiterung werde auch das Biotop untersucht. Er betont, dass der Standort Ludwigsburg für das Unternehmen sehr wichtig sei.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Juranek** gibt Herr **Röpert** bekannt, dass ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben worden sei, welches auch die verkehrliche Erschließung untersuchen werde.

BM **Schmid** führt aus, dass Gespräche mit dem Sportschützenverein und dem Stadtteilausschuss Eglosheim geführt werden.

Herr **U. Bauer** (Stadtteilausschuss Eglosheim) ist der Meinung, dass durch eine Erweiterung des Möbelhauses der Verkehr in Eglosheim weiter zunehmen werde. Dadurch werde sich auch die Lebensqualität im Stadtteil verschlechtern.

Herr **Röpert** stellt daraufhin klar, dass durch die Erweiterung die Anzahl der Kunden nicht verdoppelt werden solle.

TOP 4

Stand der Lärmaktionsplanung

Vorl.Nr. 449/12

- Mündlicher Bericht

- Neubau einer Lärmschutzwand entlang der BAB A

81 (Höhe Eglosheim)

Abweichender Beschluss:

Das Votum der Anwohner und Anlieger der Johannes-Buhl-Straße (Westseite) und des Finkenweg (Westseite) wird als Empfehlung der Stadt Ludwigsburg zum Planfeststellungsverfahren an das Regierungspräsidium Stuttgart als Verfahrensträger weitergeleitet.

1. Höhe der geplanten Lärmschutzwand in den einzelnen Bereichen (siehe Anlage 1 zur Vorl. Nr. 449/12):
Bereich 1: 6 m
Bereich 2: 6 m
Bereich 3: 4 m
2. Lärmoptimierter Asphalt:
Einbringung eines lärmoptimierten Asphalt auf der BAB A 81 mindestens bis zur Anschlussstelle Ludwigsburg Nord *und bis zur Anschlussstelle Zuffenhausen.*
3. Zusätzliche Lärmschutzwand (siehe Anlage 1 zur Vorl. Nr. 449/12):
Der Verfahrensträger *wird dringend gebeten, zu prüfen*, ob eine zusätzliche Lärmschutzwand entlang des Verkehrsübungsplatzes (am Ende der nördlichen Bebauung des Finkenweg, „rechtwinklig“ zur BAB A 81) eine Lärmentlastung für die Anwohner ermöglicht und finanzierbar wäre.
4. Verlängerung Lärmschutzwand:
Der Verfahrensträger *wird dringend gebeten, zu prüfen*, ob eine Verlängerung und/oder Aufstockung der Lärmschutzwand im südlichen Bereich mindestens bis zur Bahnlinie Stuttgart – Heilbronn und im nördlichen Bereich mindestens bis zur Anschlussstelle Ludwigsburg Nord eine Lärmentlastung für die Anwohner ermöglicht und finanzierbar wäre.
5. *Integrierte Photovoltaikanlage in der Lärmschutzwand:*
Der Verfahrensträger soll prüfen, ob eine integrierte Photovoltaikanlage in der geplanten Lärmschutzwand auf Höhe Eglosheim möglich ist. Diese Anlage sollte jedoch mindestens die gleichen absorbierenden Lärmemissionswerte erreichen, wie die geplante Lärmschutzwand. Die Stadt Ludwigsburg wäre bereit, die Suche nach möglichen Fördermitteln zu unterstützen. Von der Uni Stuttgart (IER) und der Solarinitiative liegen bereits erste Untersuchungen vor, die gegebenenfalls eingespeist werden könnten.
6. *Der Verfahrensträger prüft die Einführung von Tempo 80 nachts auf der BAB A 81 als Maßnahme zur Lärminderung für die Anwohner.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 2 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 3 und Ziff. 4 wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 5 wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 6 wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation, siehe Anlage zum Protokoll, den Stand der Lärmaktionsplanung. Die Verwaltung schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 449/12 um diese Ziff. 5 zu ergänzen:

5. Der Verfahrensträger soll prüfen, ob eine integrierte Photovoltaikanlage in der geplanten Lärmschutzwand auf Höhe Eglosheim möglich ist. Diese Anlage sollte jedoch mindestens die gleichen absorbierenden Lärmemissionswerte erreichen, wie die geplante Lärmschutzwand. Die Stadt Ludwigsburg wäre bereit, die Suche nach möglichen Fördermitteln zu unterstützen. Von der Uni Stuttgart (IER) und der Solarinitiative liegen bereits erste Untersuchungen vor, die gegebenenfalls eingespeist werden könnten.

Stadtrat **Noz** macht klar, dass seine Fraktion die Nordostumfahrung Stuttgart weiterhin unterstütze. Er plädiert dafür, dass die Verwaltung die Verkehrsentlastung von Eglosheim weiter bearbeite. Auch mögliche Lösungen für Pflugfelden sollten weiter verfolgt werden. Auf den Hauptverkehrsachsen sei die grüne Welle wichtig und die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h sollte beibehalten werden. Er weist darauf hin, dass einige der Inhalte der Vorl. Nr. 449/12 durch die AG A81 erreicht worden seien. Die Maßnahmen zum Lärmschutz müssten zumindest erreichen, dass keine Gesundheitsgefährdung bestehe. Außerdem möchte er wissen, wann das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werde und innerhalb welcher Frist eine Stellungnahme abgegeben werden müsse. Er spricht sich dafür aus, dass die Wünsche bezüglich der Lärmschutzwände, die bei der Bürgerbefragung geäußert worden seien, erfüllt werden. Sofern die vorgeschlagene Photovoltaikanlage kostenneutral umgesetzt werden könne und dadurch keine Nachteile für die Bürger entstehen, könne er auch der Ziff. 5 zustimmen. Seine Fraktion werde gemeinsam mit der AG A81 wieder aktiv, wenn sie nicht berücksichtigt werden.

Stadtrat **Griesmaier** kritisiert, dass die vorgestellten Statistiken und deren Messmethoden nur schwer nachvollziehbar seien. Den Neubau einer Lärmschutzwand auf Höhe Eglosheim bewerte er sehr positiv. Er bedankt sich bei allen Beteiligten und der engagierten Bürgerschaft, die sehr gut zusammen gearbeitet hätten. Es sei nun eine tragfähige Lösung entwickelt worden, die eine hohe Akzeptanz der Betroffenen erreichen könne. Die Auswirkungen der Lärmschutzwand seien allerdings nur schwer abzuschätzen. Er bemerkt, dass sich die dortigen Anwohner wünschen würden, dass die Lärmschutzwand bis zur Bahnlinie Ludwigsburg-Heilbronn, ungefähr an der Markungsgrenze zu Asperg, verlängert werde. Außerdem sei eine Ergänzung der Lärmschutzwand in Richtung Tammer Straße sinnvoll. Seiner Meinung nach müssten die Formulierungen der Ziffern 3 und 4 des Beschlussvorschlages so geändert werden, dass eine stärkere Unterstützung signalisiert werde. Seine Fraktion könne der Vorl. Nr. 449/12 gerne zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass die grüne Welle, insbesondere in der Friedrichstraße und Schwieberdinger Straße, optimiert werden müsse. Weiter bemängelt er, dass die Verwaltung weder eine Verkehrsentlastung für den Bereich Eglosheim noch den B27-Tunnel und die Autobahnparallele weiterverfolge. Stattdessen werde, entgegen der Beschlusslage, nur noch der B27-Tunnel vor dem Schloss untersucht. Bezüglich einer Verkehrsberuhigung von Eglosheim erwarte er einen baldigen Bericht durch die Verwaltung. Mit der AG A 81 sei das Verfahren etwas beschleunigt worden. Seine Fraktion könne der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages zustimmen, sofern dadurch keine Nachteile für östlich angrenzenden Anwohner entstehen könnten. Mit der Ziff. 2 sei er auch einverstanden, allerdings müsste diese Ziffer wie folgt ergänzt werden:

2. Einbringung eines lärmoptimierten Asphalt auf der BAB 81 mindestens bis zur Anschlussstelle Ludwigsburg Nord *und bis zur Anschlussstelle Zuffenhausen.*

Außerdem ist er der Meinung, dass die Formulierung der Ziffern 3 und 4 verändert werden sollten, da „soll prüfen“ zu schwach sei. Grundsätzlich könne seine Fraktion der Vorl. Nr. 449/12 zustimmen.

Stadtrat **Gericke** plädiert dafür, dass die Verwaltung Maßnahmen mit geringem finanziellem Aufwand schnell umsetzen solle. Da nun deutlich gemacht worden sei, wie viel Belastungen durch den Autoverkehr verursacht werden, sollte der Gemeinderat mögliche Alternativen dazu viel stärker ins Auge fassen. Die Belastungen durch den Verkehr würden für die Betroffenen ein erhebliches Problem darstellen. Außerdem bemängelt er, dass immer zusätzliche Straßenbauprojekte gefordert würden. Die vorgeschlagene Ergänzung des Beschlussvorschlages um eine integrierte Photovoltaikanlage in der Lärmschutzwand, Ziff. 5, werde von Seiten seiner Fraktion sehr begrüßt. Darüber hinaus regt er an, dass die vorhandene Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der A 81 nachts für die Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung genutzt werden solle. Deshalb bittet er darum den Beschlussvorschlag um die folgende Ziff. 6 zu erweitern:

6. Der Verfahrensträger prüft die Einführung von Tempo 80 nachts auf der BAB A 81 als Maßnahme zur Lärminderung für die Anwohner.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass seine Fraktion dieser Ziff. 6 nicht zustimmen werde, da er der Ansicht sei, dass das Regierungspräsidium Stuttgart dies bereits geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass dadurch nur eine geringfügige Verbesserung unter 3 dB(A) erreicht werden könne.

Stadtrat **Haag** bedankt sich bei der Arbeitsgruppe A 81, die sich auch für die Lärmschutzwand eingesetzt habe. Seine Fraktion begrüße es, dass die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in der Vorl. Nr. 449/12 berücksichtigt worden seien. Er ist der Meinung, dass eine transparente Lärmschutzwand aus städtebaulicher Sicht besser gewesen sei. Diese könne jedoch nur eine geringere Verbesserung erreichen. Er weist darauf hin, dass Lärmschutzmaßnahmen bei absenkenden Fahrspuren schwieriger anzubringen seien. Er fragt an, ob das Neubaugebiet Tammer Straße durch die Maßnahmen auch vom Lärm geschützt werde. Er könne sich der von Stadtrat Glasbrenner vorgeschlagenen Ergänzung der Ziff. 2 des Beschlussvorschlages anschließen.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt den Standpunkt, dass ein mündlicher Bericht zu dem Thema Lärmaktionsplanung nicht ausreichend sei. Dem Gemeinderat und den Stadtteilausschüssen Eglosheim sowie Pflugfelden sollte die Präsentation zur Verfügung gestellt werden. Ferner bittet sie darum, dass die Verwaltung konkrete kurzfristige Konzepte und Strategien erarbeite. Sie ist der Meinung, dass eine Temporeduzierung z. B. auf 80 km/h auf der A 81 sinnvoller und günstiger sei als die vorgesehene Lärmschutzwand. Zu diesen beiden Alternativen hätte eine Vergleichsuntersuchung durchgeführt werden müssen. Sie bittet um getrennte Abstimmung, da sie lediglich der Ziff. 2 des Beschlussvorschlages zustimmen könne.

BM **Schmid** legt dar, dass in der heutigen Sitzung nur ein Zwischenbericht zur Lärmaktionsplanung erfolge. Im Januar/Februar 2013 werde die Verwaltung noch eine Vorlage zu diesem Thema erstellen. Weiter sagt er zu, dass die Mitglieder des Gemeinderats die von Herrn Ressler vorgestellte Präsentation erhalten. Er stellt klar, dass die Verkehrsentlastung Eglosheim, A10/B4, von der Verwaltung weiter verfolgt werde. Das Planfeststellungsverfahren werde voraussichtlich im Sommer 2013 eingeleitet. Eine Stellungnahme müsse dann innerhalb von 4 bis 6 Wochen abgegeben werden.

Stadtrat **Noz** schildert, dass Planungen zu neuen Straßen, wie z. B. dem Nordostring, mindestens zehn Jahre dauern würden.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** führ Herr **Kuhnert** aus, dass es sich bei den Lärmschutzwänden bei Asperg und Ludwigsburg um hochabsorbierende Lärmschutzwände handle. Nach Aussage des Regierungspräsidiums Stuttgarts würden die unterschiedlichen Höhen deswegen kein Problem darstellen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erklären sich mit der Ergänzung der Ziff. 2 des Beschlussvorschlages, die von Stadtrat **Griesmaier** vorgeschlagen wurde, siehe

oben, einverstanden.

Darüber hinaus spricht sich das Gremium einmütig dafür aus, die Formulierung „soll prüfen“ in den Ziffern 3 und 4 des Beschlussvorschlages durch „wird dringend gebeten“ zu ersetzen.

Abschließend ruft BM **Schmid** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 449/12 unter Berücksichtigung der obigen Änderungen auf.